



Niederschrift

18-015. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur

am **Donnerstag, 12.09.2019**, 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 25.05.2019 zum Thema "Klimanotstand", gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.09.2019 und Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2019 hierzu
Vorlagen: 18-1324, 18-1324/1 und 18-1324/2
- Punkt 2 Teilnahme am Bündnis Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen
Vorlage: 18-1364
- Punkt 3 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2019 (überarbeitete Fassung)
- Teilhaushalt 05
Vorlage: 18-1321/1
- Punkt 4 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 16.01.2019 zum Thema "Nutzung des JobTicket in ICE" (Vorlage 18-1164)
- Bericht über den Stand der Verhandlungen des VRN mit der DB AG (Umsetzung von Ziffer 4 des Antrags)
- Punkt 5 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Ringhof, Martin CDU

Ausschussmitglieder:

| | | |
|---------------------|--------------|-----------------------------------|
| Röchner, Herbert | CDU | |
| Ringhof, Martin | CDU | siehe auch Ausschussvorsitzender |
| Schönung, Christian | CDU | (bis zeitweise TOP 3 anwesend) |
| Stephan, Peter | CDU | in Vertretung für Richter, Rolf |
| Dörsam, Andreas | SPD | |
| Pfeifer, Herold | SPD | |
| Schmidt, Marius | SPD | in Vertretung für Bersch, Rainer |
| Ruoff, Jochen | GRÜNE | in Vertretung für Groh, Anna-Lena |
| Obermair, Michael | FDP | |
| Dr. Schuster, Erwin | AfD | (zu TOP 1 anwesend) |
| Golzer, Norbert | FREIE WÄHLER | |

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

| | | |
|--------------------|------------|--|
| Elzer, Thomas | ALB | in Vertretung für Amrhein, Helmut |
| Dr. Schwarz, Bruno | DIE LINKE. | in Vertretung für Hennrich, Christiane |

Kreistagsvorsitzender:

| | |
|----------------------|-----|
| Schneider, Gottfried | CDU |
|----------------------|-----|

stellvertretende Kreistagsvorsitzende:

| | |
|--------------|-------|
| Berg, Evelyn | GRÜNE |
|--------------|-------|

Fraktionsvorsitzende:

| | | |
|--------------------|-----|--------------------------------|
| Hörst, Christopher | FDP | (bis zeitweise TOP 4 anwesend) |
|--------------------|-----|--------------------------------|

Kreisausschuss:

| | |
|-----------------------|--|
| Engelhardt, Christian | Landrat (bis zeitweise TOP 3 anwesend) |
| Krug, Karsten | hauptamtlicher Kreisbeigeordneter |

Verwaltung:

| | |
|----------------------|--|
| Dr. Bunsch, Johannes | Abt. Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation (bis zeitweise TOP 3 anwesend) |
| Simeth, Corinna | Abt. Raumentwicklung, Landwirtschaft und Denkmalschutz |
| Medert, Martin | Abt. Finanz- und Rechnungswesen |
| Eisele, Henrik | Auszubildender im Fachbereich Kreisgremien |

Schriftführerin:

| | |
|------------------|--------------------------|
| Schüßler, Helene | Fachbereich Kreisgremien |
|------------------|--------------------------|

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreistagsabgeordneter Ringhof, eröffnete um 17:00 Uhr die 18-015. Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er teilte mit, der in der Einladung unter TOP 1 vorgesehene Punkt "Neuwahl stellvertretende Ausschussvorsitzende" entfalle, da die für das ausgeschiedene Ausschussmitglied und stellvertretende Ausschussvorsitzende Carmen Kunz in den Ausschuss nachgerückte Kreistagsabgeordnete Frau Anna-Lena Groh bei der heutigen Sitzung verhindert sei.

Einwendungen gegen die Ladung und die geänderte Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 25.05.2019 zum Thema "Klimanotstand", gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.09.2019 und Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2019 hierzu Vorlagen: 18-1324, 18-1324/1 und 18-1324/2

Zur Ausschussberatung lagen vor:

- der Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 25.05.2019 zum Thema „Klimanotstand“, der vom Kreistag in seiner Sitzung am 17.06.2019 zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen worden war,
- der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.09.2019, der am 10.09.2019 per E-Mail an die Ausschussmitglieder versandt und in der Sitzung in Kopie verteilt wurde,
- der in der Sitzung in Kopie verteilte Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.09.2019.

Herr Kreistagsabgeordnete Ruoff (GRÜNE) ging zunächst kurz auf die Intention des Ursprungsantrags seiner Fraktion vom 25.05.2019 ein.

Herr Landrat Engelhardt erläuterte anschließend visualisiert durch Folienprojektion die Maßnahmen und Projekte des Kreises im Hinblick auf Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität in den Bereichen Schulen, Gebäudewirtschaft und Mobilität sowie bei der Energieagentur und der Kreisverwaltung und informierte über weitere Vorhaben und Zielsetzungen des Kreises.

Herr Kreistagsabgeordneter Schmidt (SPD) erläuterte die Intentionen des gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD.

Herr Kreistagsabgeordneter Obermair (FDP) begründete den Änderungsantrag seiner Fraktion und vermisste im Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD insbesondere die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess.

Bei der anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kreistagsabgeordneten Herr Ruoff (GRÜNE), Herr Dr. Schwarz (DIE LINKE.), Herr Hörst (FDP), Herr Stephan (CDU), Herr Schmidt (SPD) und Herr Golzer (FREIE WÄHLER).

Herr Landrat Engelhardt beantwortete Fragen von Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Schwarz zu Inhalten der Folienpräsentation. Auf Frage nach Leistungsdaten zu den Blockheizkraftwerken kündigte Herr Landrat Engelhardt, diese in der nächsten Sitzung nachzuliefern. Auf Wunsch aus dem Ausschuss sagte er eine Verteilung von Druckexemplaren der Folienpräsentation in der anstehenden Kreistagssitzung zu (in der Sitzung am 04.11.2019 erfolgt).

Im Zuge der Aussprache wurde von allen Rednern der Wunsch nach Einigung auf einen fraktionsübergreifenden "Konsens"-Änderungsantrag bis oder in der Kreistagssitzung geäußert.

Der Ausschussvorsitzende verwies auf den Auftrag des Kreistags an den Ausschuss, dem Kreistag einen Beschlussvorschlag vorzulegen, und schlug vor, heute über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD als Beschlussvorschlag für den Kreistag abzustimmen unter der Prämisse, dass in der Kreistagssitzung noch Änderungs-/Ergänzungsanträge anderer Fraktionen eingebracht und in einen gemeinsamen Änderungsantrag eingearbeitet werden können.

Abschließend stimmte der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur wie vorgeschlagen über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD ab und gab folgende

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Der Kreistag erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Der Kreis Bergstraße wirbt aktiv auf kommunaler, Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und damit einer deutlichen Senkung der Treibhausgasemissionen bereits in den nächsten Jahren. Der Kreis erkennt darüber hinaus die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) als Maßstab für sein politisches Handeln an. Der Klimawandel und seine Folgen gehören zu den drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Auch der Kreis Bergstraße, als wirtschaftsstarker Teil der beiden Metropolregionen Rhein-Main und RheinNeckar leistet hierzu seinen Beitrag, indem er sich dafür einsetzt, die im Pariser Klimaabkommen sowie die in der UN-Agenda 2030 festgelegten Ziele, auf die sich Deutschland verpflichtet hat, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, bei allen zukünftigen Kreistagsbeschlussvorlagen neben deren finanziellen Auswirkungen auch Aussagen zu treffen zu deren Auswirkungen auf das Klima allgemein. Dies erfordert die Besetzung einer entsprechenden Stelle im Bereich Klimaschutz und soll spätestens dann umgesetzt werden (siehe Punkt 4).
3. Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur wird umbenannt in Ausschuss für Regionalpolitik, Infrastruktur und Nachhaltigkeit, um dem Stellenwert des Themas Klimaschutz gerecht zu werden.
4. Die Initiative des Kreisausschusses, ein integriertes Klimaschutzkonzept zu erstellen und mindestens eine Vollzeit-Personalstelle für Klimaschutzmanagement zu besetzen, wird begrüßt.
 - 4.a) Das Stellenprofil umfasst:
 - Koordination von Maßnahmen und Projekten zum Thema Klimawandel und Klimaschutz
 - Organisation und Verbreitung von Informationen zum Klimaschutz (Messen, Infostände, Projektwochen in Kindergärten und Schulen, Workshops,...)
 - Kontaktpflege zu Universitäten im Bereich der Bio-, Umweltwissenschaften zur Integration neuester Erkenntnisse in Entscheidungs- und Planungsprozesse
 - Organisation und Begleitung von Fortbildungsangeboten für Kinder, Schüler, Erwachsene für den Bereich Klimaschutz
 - Aufbau von Beratungs- und Informationsstrukturen für bestimmte betroffene Gruppen (Bauherren, Unternehmen und Unternehmer, Städte und Gemeinden, Fachbetriebe im Bauwesen, Stadt- und Landschaftsplaner, Architekten,...) für den Bereich Klimaschutz
 - Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz
 - Anlauf-/Informationsstelle für Ökosponsoring für den Bereich Klimaschutz
 - 4.b) Das integrierte Klimaschutzkonzept beinhaltet:
 - eine Energie- und Treibhausgas-Bilanz für die Sektoren Verwaltung, private Haushalte, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen, Verkehr
 - eine Potenzialanalyse hinsichtlich Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien sowie Emissionsreduktion in den Sek-

toren Mobilität

- eine umfassende Akteursbeteiligung
- einen Maßnahmenkatalog für die Bereiche der Kreiszuständigkeit
- eine Verstetigungsstrategie
- ein Controlling-Konzept
- eine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit.

Seit Anfang 2019 wird die Erstellung von Klimaschutzkonzepten nur noch in Verbindung mit der Einstellung von zuständigem Personal (Klimaschutzmanager/innen) gefördert. Für die Landkreisebene erscheint eine volle Stelle hierfür angemessen. Dies bietet für den Kreis den Vorteil, dass bereits von Beginn an der Konzepterstellung zusätzliches Personal in der Verwaltung die Verantwortung trägt. Die Förderquote für die Erstellung von Klimaschutzkonzepten inklusive Personalaufwendungen liegt bei 65 bis 90 Prozent der Kosten, die Förderdauer bei bis zu fünf Jahren.

- 4.c) Das Energiemanagement beinhaltet den Aufbau, den Betrieb und die Zertifizierung eines Energiemanagementsystems. Das Energiemanagement wird seitens des Bundes mit 40 bis 65 Prozent der Kosten gefördert.
5. Der Kreistag Bergstraße begrüßt die bereits erfolgten Maßnahmen des Kreisausschusses zur Nutzung der eigenen Liegenschaften zur Gewinnung von erneuerbaren Energien. Bei den neu entstehenden Immobilien soll dies jeweils fest im Investitionskonzept verankert werden. Zudem soll bei den Schulen angeregt werden, die Energieversorgung der Schule in den Unterricht einzubeziehen.
6. Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, die Belange des Klimaschutzes im Rahmen des Mobilitätsmanagements für den Kreis Bergstraße mit Blick auf die aktuelle Erstellung des Nahverkehrsplans besonders zu berücksichtigen.
7. Der Kreistag Bergstraße beauftragt den Kreisausschuss, insbesondere im Rahmen planmäßiger Modernisierungsmaßnahmen an den Gebäuden des Kreises zu prüfen, inwieweit Maßnahmen zur Verbesserung der Biodiversität umgesetzt werden können.
8. Der Kreis unterstützt im Rahmen des Klimaschutzmanagements (siehe 4) auch die Erstellung integrierter energetischer Quartierskonzepte in den 22 Städten und Gemeinden. Diese stellen eine gute Möglichkeit zur umsetzungsorientierten Analyse von Energie- und Klimaschutzpotenzialen in Teilgebieten der Kommunen dar, die seitens Bund und Land mit 85-95 % der Kosten gefördert wird. Über die Stelle für Klimaschutzmanagement sollen den kreisangehörigen Kommunen Informationen zur Verfügung gestellt und Unterstützung bei der Antragsstellung, Erstellung und Umsetzung der Quartierskonzepte geleistet werden.
9. Der Kreisausschuss soll regelmäßig im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik, Infrastruktur und Nachhaltigkeit über den Umsetzungsstand der oben genannten Punkte berichten.
10. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Vereinsförderrichtlinien zu überprüfen, inwiefern ein zusätzlicher Focus bei der Vereinsförderung im Bereich der im Umwelt und Naturschutz engagierten Vereine und Verbände erfolgen kann.

11. Der Kreis Bergstraße unterzeichnet die Charta "Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen" und erkennt die damit verbundenen Verpflichtungen an.
12. Der Kreistag begrüßt, dass zur fachlichen Begleitung des Klimaschutzkonzeptes sowie der verschiedenen Initiativen und Maßnahmen des Kreises zur Verbesserung von Umwelt, Biodiversität sowie Nachhaltigkeit ein Nachhaltigkeitsbeirat einberufen wird.
13. Der Kreis unterstützt aktiv seine kreisangehörigen Kommunen bei der Umsetzung von Projekten zur Steigerung der Nachhaltigkeit sowie Bildungsprojekte zu Nachhaltigkeit an Schulen.
14. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, nach welchem regional erzeugte Lebensmittel in den Schulen bevorzugt in der Mittagsversorgung eingesetzt werden sollen.
15. Der Kreistag begrüßt die bereits erfolgten Maßnahmen, künftig mindestens jährlich eine Biodiversitätskonferenz abzuhalten. Hier sollen Maßnahmen aus dem Bereich Umwelt- und Naturschutz sowie Verbesserung der Biodiversität im Kreis Bergstraße thematisiert und deren Umsetzung beraten und aktiv begleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

**Punkt 2: Teilnahme am Bündnis Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen
Vorlage: 18-1364**

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalentwicklung und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beschließt, die Teilnahme an dem Bündnis 'Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen' und beauftragt den Kreisausschuss, sich beim Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu bewerben. Der Kreistag nimmt die nachfolgenden Teilnahmebedingungen zur Kenntnis und beschließt die damit einhergehenden Verpflichtungen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 3: **Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2019 (überarbeitete Fassung)
- Teilhaushalt 05
Vorlage: 18-1321/1**

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der überarbeiteten Fassung des ersten Finanz- und Controllingberichts für das Haushaltsjahr 2019 - Teilhaushalt 05 - Kenntnis genommen.

Punkt 4: **Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 16.01.2019 zum Thema
"Nutzung des JobTicket in ICE" (Vorlage 18-1164)
- Bericht über den Stand der Verhandlungen des VRN mit
der DB AG (Umsetzung von Ziffer 4 des Antrags)**

Herr Kreisbeigeordneter Krug informierte über erfolglose Gespräche von Vertretern des VRN mit der DB AG in der Angelegenheit. Die DB AG wolle weiterhin an der bundeseinheitlichen Regelung festhalten, dass Job-Tickets in ICE-Zügen keine Gültigkeit haben. Von den Verkehrsverbänden VRN und RMV werde deshalb im Interesse der Pendler eine Ausweitung des RE-Angebots auf der Relation nach Frankfurt angestrebt.

Punkt 5: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Herr Kreisbeigeordneter Krug kündigte die Vorlage des Entwurfs der Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2019 bis 2023 im Ausschuss für November an. Im Anschluss werde der Entwurf zur Anhörung an die Träger öffentlicher Belange weitergegeben. Die Beschlussfassung des Kreistags über die Fortschreibung des Nahverkehrsplans sei für Frühjahr 2020 geplant.

Die Sitzung wurde um 18:20 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

gez. Ringhof

Ausschussvorsitzender

gez. Schüßler

Schriftführerin